

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schildert, dass in der Stadtratsitzung am 25.08.2011 auf Antrag der CDU die Laufzeitverlängerung der Seilbahn angestoßen wurde.

Aus den Gesprächen der letzten Tage wolle er einen kurzen Zwischenbericht geben. Der Firma Doppelmayr habe Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig einen Brief geschrieben, in dem er angeregt habe, dass diese eine 2 Jährige Verlängerung der Betriebsgenehmigung erbitten könne, mit der Perspektive, dass der Rat anschließend darüber entscheide, ob eine 15 Jährige Verlängerung in Frage komme. Dieser zweistufige Plan berücksichtige, dass es im Hinblick auf die Unesco wichtig sei, deutlich zu machen, dass es sich nicht um etwas Immerwährendes handle. Zudem könne eine zunächst 2 Jährige Verlängerung relativ leicht, mit dem Land gemeinsam, durchgesetzt werden und innerhalb der 2 Jahre könne dann die generelle Haltung der Unesco erfragt werden. Hiezu habe er im Landesbeirat für Denkmalpflege gesprochen. Die Meinungen innerhalb des Gremiums seien divergierend. Die Bergstation und die Gondeln seien akzeptiert; die Talstation jedoch bereite Probleme. Die Firma Doppelmayr habe aber signalisiert, dass sie an einem Fortbestand der Seilbahn interessiert sei. Die Details müssten allerdings noch geklärt werden, insbesondere was die Dauer der Verlängerung und die Investitionen angehe. Die Unesco habe die Denkmalpflege Icomos um eine Inspektion gebeten, welche vermutlich in den nächsten Wochen erfolgen werde. Es wäre hilfreich wenn sich die Gemeinde St. Kastor zu einem positiven Signal in der Öffentlichkeit entschließen könne. Eine Erklärung in dieser Weise liege aber bisher noch nicht vor. Zudem wolle man im Rahmen der nächsten Umfrage der Koblenzer Bevölkerung die Frage aufnehmen, ob sich die Bevölkerung eine Verlängerung wünsche. Für die Unesco sei eine wissenschaftlich korrekte Bevölkerungsumfrage von Relevanz.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid erklärt, die BIZ- Fraktionen könne den Tagesordnungspunkten 1 und 2 aus haushaltspolitischen Gründen nicht zustimmen. Im Eckwertebeschluss 2012 habe der Rat unter Nr. 7 beschlossen, grundsätzlich keine neuen Investitionen mehr vorzunehmen. Doppelmayr betreibe zwar auf eigene Kosten, aber die Bauleitplanung koste 21.000€ Es sei sicherer mit dem Baurecht noch zu warten, bis die Verträge auf dem Tisch seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig entgegnet, Ziel sei es zu vermeiden dass auf den letzten Drücker entschieden werde und das Baurecht nicht mehr umsetzbar werde. Das jetzige Baurecht lasse einen Betrieb nur bis zum 30.06.2013 zu. Danach müsse nach geltendem Vertrag der Abbau beginnen. Der heutige Beschluss sei damit wichtig.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke stimmt der Beschlussvorlage zu, fragt aber, ob die Talstation nicht denkmalfreundlicher gestaltet werden könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schätzt ein, dass die Firma nicht bereit sei, die vorhandene Talstation abzureißen und eine andere Lösung zu finden. Nur durch einen Abriss könne der Einwand der Kritiker bezüglich des Volumens des Baukörpers ausgeräumt werden. Eine reine Verkleinerung komme nicht in Frage, da sich über den Gondeln viel Technik befinde. Vorliegend müsse eine Güterabwägung zwischen der Sichtbeeinträchtigungen und der Zugänglichkeit der Festung Ehrenbreitstein stattfinden. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig vertritt die Prognose dass durch die Seilbahn die Besucherzahlen der Festung das 4 bzw. 5 fache betragen.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann informiert, dass sie gestern ein Schreiben vom Vorsitzenden St. Kastor erhalten habe, der ihr schriftlich mitgeteilt habe, dass in der nächsten Sitzung des Pfarrgemeinderats eine entsprechende Entscheidung getroffen werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bedankt sich für Information.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) sieht auch wirtschaftliche Bedenken. Vielleicht werde die Firma Doppelmyr bei einer Verlängerung auf Zuschüsse bestehen. Daher wolle die Ratsfraktion sich enthalten, um auf das wirtschaftliche Risiko aufmerksam zu machen.

Rm Scherhag (CDU) bekräftigt, dass die Thematik durch einen Antrag der CDU zu Stande gekommen sei. Er habe keine Bedenken bezüglich eines Zuschusses, sondern es müsse fast schon eine Pacht an die Stadt gezahlt werden.